

Dr. Matthias Fatke und Dr. Till Heinsohn

Was spielt bei der Wahlentscheidung zur Gemeinderatswahl die wichtigste Rolle?

Am 9. Juni 2024 wird neben dem Europa- und dem Regionalparlament auch der Stuttgarter Gemeinderat neu gewählt. Insgesamt rund 450 000 Wahlberechtigte sind dann in Stuttgart aufgerufen, bis zu 60 Stimmen für insgesamt 18 Parteien und Wählervereinigungen sowie 866 Kandidatinnen und Kandidaten abzugeben und damit die Mitglieder des neuen Stuttgarter Gemeinderats als ihre Vertreterinnen und Vertreter zu wählen.

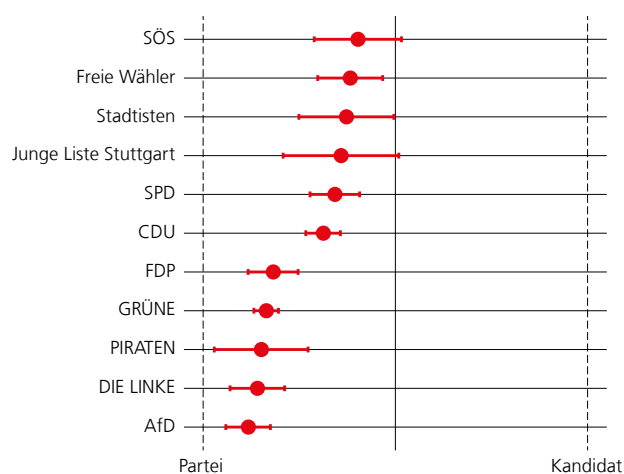
Bei der letzten Gemeinderatswahl im Jahr 2019 haben 57,5 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Wenngleich das die höchste Beteiligungsrates an einer Gemeinderatswahl seit 1994 markierte, liegt die Wahlbeteiligung immer noch deutlich niedriger als bei Bundes- und Landtagswahlen. Nicht umsonst werden Kommunalwahlen in der Forschung üblicherweise als „Nebenwahlen“ bezeichnet, in denen Bundes- oder Landespolitik eine gewichtige – wenn nicht gar die ausschlaggebende Rolle – bei der Wahlentscheidung spielen.

Inwiefern trifft das bei den Stuttgarter Wählerinnen und Wählern zu? Was beeinflusst deren Wahlentscheidung im traditionell informationsarmen Kontext der Gemeinderatswahl? Antworten bietet die Auswertung der Wahltagsbe-

fragung im Rahmen der Gemeinderatswahl 2019, die das Statistische Amt seinerzeit in 20 zufällig ausgewählten Wahllokalen mit rund 2050 Befragten durchgeführt hat. So gab die überwiegende Mehrheit (75 %) an, die Partei habe eine wichtigere Rolle als der oder die Kandidierende gespielt. Offensichtlich genießen die Kandidierenden, die bei der Gemeinderatswahl schließlich zu Hunderten antreten, in der breiten Wählerschaft keine allzu große Bekanntheit. Die parteispezifische Auswertung in Abbildung 1 zeigt allerdings, dass dieser Parteifokus unter Wählenden der SÖS, Freien Wähler, Stadtlisten und Jungen Liste weniger stark ausgeprägt war, als es beispielsweise bei AfD, DIE LINKE und PIRATEN der Fall ist.

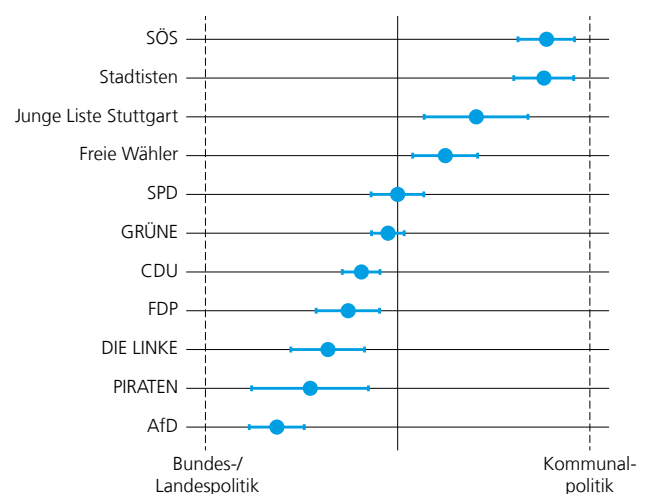
Noch differenzierter ist das Bild beim Vergleich der Bedeutung der politischen Ebenen: Beinahe ausgewogen fiel das Verhältnis aus, ob die Bundes-/Landespolitik (53 %) oder die Kommunalpolitik (47 %) den wichtigeren Aspekt für die Wahlentscheidung liefert. Letztere überwog gar unter Wählenden der SÖS, Stadtlisten, Junge Liste und Freie Wähler; Wählende der AfD und PIRATEN nannten hingegen fast ausschließlich Bundes-/Landespolitik als ausschlaggebenden Grund.

Abbildung 1: Was spielte bei Ihrer Wahlentscheidung zur Gemeinderatswahl die wichtigste Rolle?

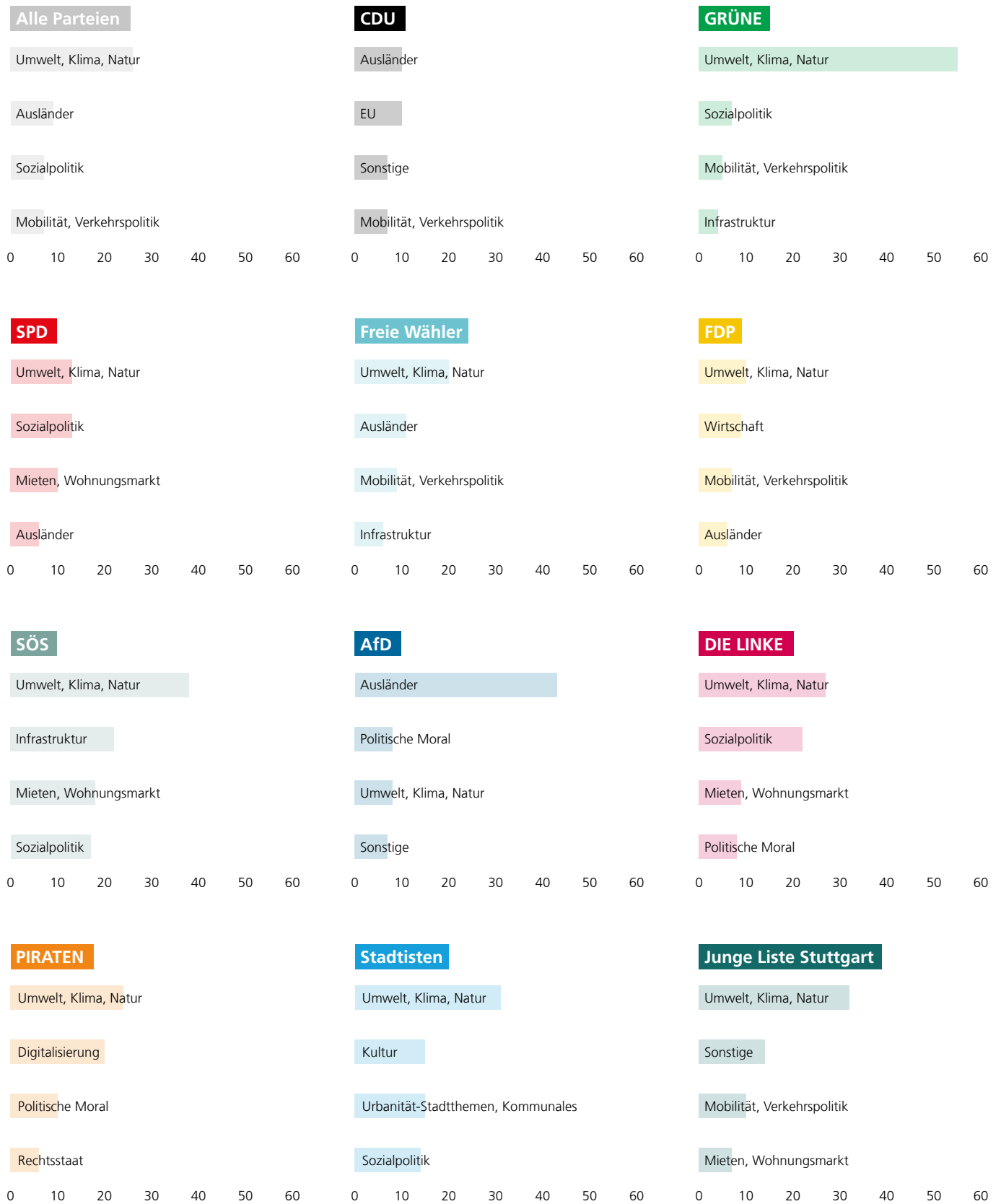


Normierte Punktschätzer mit 95%-Konfidenzintervallen

Abbildung 2: Und welcher Aspekt spielte für Ihre Wahlentscheidung die wichtigste Rolle?



Quelle: Wahltagsbefragung der LHS zur Gemeinderatswahl 2019

Abbildung 3: Top 4 der ausschlaggebenden politischen Themen für die Wahlentscheidung bei der Gemeinderatswahl 2019

Häufigkeit der Nennung in Prozent

Quelle: Wahltagsbefragung der Landeshauptstadt Stuttgart zur Gemeinderatswahl 2019

Interessanterweise geht die Bedeutungsbeimessung der Kommunalpolitik offenbar mit einer stärkeren Fokussierung auf die Kandidierenden einher. Jedenfalls sind es jeweils dieselben Parteien, deren Wählende sowohl den Kandidierenden als auch der Kommunalpolitik eine bedeutsame Rolle zuschreiben. Es liegt nahe, dass es sich dabei vor allem um Parteien handelt, die ihren programmatischen Schwerpunkt auf die Stadt legen und die nicht überregional oder bundesweit organisiert sind.

Über die grundsätzlichen Orientierungen hinaus bietet schließlich die offen gestellte Frage, welches politische Thema für die Wahlentscheidung ausschlaggebend war, einen konkreten Einblick in die wahlentscheidenden Anliegen der Befragten. Über die Wählenden aller Parteien hinweg ließ sich bei der Gemeinderatswahl 2019 eine Dominanz des Themas „Umwelt, Klima, Natur“ (26 %) ausmachen. Deutlich abgeschlagen, dann aber gleichauf, folgen die Nennungen „Ausländer“ (9 %), „Sozialpolitik“ (7 %) und „Mobilität, Verkehrspolitik“ (7 %). Bezeichnenderweise gaben nur drei Prozent der Befragten Themen aus dem Bereich „Urbanität, Stadtthemen, Kommunales“ an, obwohl sich die Kommunalpolitik natürlich vordringlich genau damit beschäftigt (in den Top 4 Nennungen in Abbildung 3 nicht dargestellt).

Der Bereich „Umwelt, Klima, Natur“ erweist sich über die Parteigrenzen hinweg als dominante Thematik. Besondere Bedeutung erfuhr er mit 55 Prozent bei den Wählenden der GRÜNEN. Lediglich bei der CDU und der AfD rangierte die Thematik nicht an erster Stelle. Dass „Umwelt, Klima, Natur“ unter Wählenden der AfD dann dennoch auf dem zweiten Platz landete, macht deutlich, dass die Nennung nicht zwingend mit der Präferenz für eine Position gleichzusetzen ist.

Die Betrachtung nach Parteien verweist zudem auf solche, bei denen ein einzelnes politisches Thema eine herausragende Dominanz genießt und nachfolgende Bereiche als eher nebensächlich für die Entscheidung der Wählenden erscheinen. Neben der bereits angesprochenen Dominanz von „Umwelt, Klima, Natur“ bei den GRÜNEN, betraf dies etwa bei der AfD den Themenbereich „Ausländer“. Diesen gegenüber stehen Parteien, insbesondere die CDU und die FDP, unter deren Wählenden sich keine eindeutige Dominanz eines Themas ausmachen ließ.

Kennzeichnend für die Wählenden des eher linken Parteienspektrums waren neben der Frage von Umwelt, Klima und Natur tendenziell die Themenbereiche der „Sozialpolitik“ sowie „Mieten, Wohnungsmarkt“. Für die Unterstützenden des eher rechten Parteienspektrums schienen diese Bereiche in aller Regel nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hier kommen „Mobilität, Verkehrspolitik“ sowie „Ausländer“ allem Anschein nach ein größeres Gewicht zu.

Zuletzt fällt auf, dass es politische Themen, die vordringlich durch die Kommunalpolitik bespielt werden, nur in den seltensten Fällen in die Top 4 der wahlentscheidenden Bereiche der einzelnen Parteien schaffen. Der Bereich „Urbanität, Stadtthemen, Kommunales“ landet lediglich bei den Wählenden der Stadtlisten mit 15 Prozent auf den vier vorderen Rängen. Die Thematik „Infrastruktur“ findet sich immerhin bei den Wählerinnen und Wählern der SÖS mit 22 Prozent an zweiter Stelle. Für ausschließlich regional organisierte Parteien, deren programmatische Schwerpunkte auf die Stadt fokussieren, scheint es in der Ansprache an die Wählenden also durchaus Sinn zu ergeben, auf kommunale Themen zu setzen und so den üblichen Mechanismen einer Nebenwahl entgegenzutreten.

Welche Erkenntnisse ergeben sich nun für die anstehende Gemeinderatswahl am 9. Juni 2024? Parteien scheinen gut beraten, sich ihres spezifischen Profils unter den Wählenden bewusst zu sein. Insofern kann der Charakter einer Nebenwahl auch eine Chance bieten: Entspricht die bundes- und landespolitische Großwetterlage der eigenen Position, nutzt die Fokussierung auf diese politischen Ebenen. Bietet die Bundes-/Landespolitik hingegen ein ungünstiges Umfeld, kann man sich als Wahlvorschlag oder Kandidat beziehungsweise Kandidatin eher lösen. Damit das von den Wählenden auch honoriert wird, muss die Positionierung allerdings auch entsprechend wahrgenommen werden. Ebenso eröffnet der informationsarme Kontext, in dem die Wählenden ihre Wahlentscheidung üblicherweise in weitgehender Unkenntnis der Kandidierenden treffen, die Möglichkeit, sich als Kandidat beziehungsweise Kandidatin bekannter zu machen als die (ebenfalls kaum bekannte) Konkurrenz – vor allem bei Listen, deren Wählende eher auf Kandidierende und Kommunalpolitik fokussieren. ●